

Ohne Rechte, ohne Schutz

Irland: Studie befragte Arbeitsmigranten zu Erfahrung mit krassester Ausbeutung. Mehr als zwei Drittel betroffen, Frauen häufiger als Männer

Von Dieter Reinisch, Belfast

Irland ist historisch ein Migrationsland. Besonders während der Hungersnot in den 1840er Jahren wanderten viele Iren nach Nordamerika aus. Seither nahm der Wegzug aus Europas Armenhaus kein Ende. Erst mehr als 150 Jahre später erreichte die Insel wieder dieselbe Bevölkerungszahl wie vor der Hungersnot. Heute leben in Irland knapp sieben Millionen Menschen, davon etwas mehr als fünf Millionen in der Republik und etwas unter zwei Millionen in Nordirland. Bis zu 40 Millionen Iren sollen in Nordamerika leben. Ökonomische Gründe sind es, die junge Leute, vor allem aus den ländlichen Gegenden im Westen der Insel, zur Migration veranlassen.

In den 1990er Jahren setzte ein Wirtschaftsaufschwung ein. Die Regierung machte die Republik Irland zum Niedrigsteuerparadies. Es bestand Bedarf an billigen Arbeitskräften, die nicht nur die Abwanderung junger Iren kompensierten, sondern auch in der aufstrebenden Wirtschaft zu geringen Löhnen arbeiteten: Neben dem IT-Sektor waren es vor allem die Bauwirtschaft und die Gastronomie. Ärzte aus Kraków und Juristen aus Košice kamen, die am Bau oder als Taxifahrer in Dublin immer noch mehr verdienten als zu Hause in Polen und der Slowakei. Die billigen Arbeiter aus Osteuropa waren gerne gesehen - in der Innenstadt Dublins waren ganze Straßenzüge osteuropäisch, sogar polnische Wochenzeitungen wurden gedruckt. Im ehemaligen Armenhaus Europas ließ sich plötzlich gutes Geld verdienen.

Dann kam die weltweite Finanzkrise 2008. Irland wurde hart getroffen und als erstes Land unter den EU-Rettungsschirm gestellt - noch vor Portugal, Spanien und Griechenland. Die Austeritätspolitik Brüssels wirkte sich verzögert aus. Seit dem zweiten Jahrzehnt des neuen Jahrtausends sinken die Löhne wieder, die Preise steigen, und die Arbeitslosigkeit nimmt zu. Immer mehr Iren leben in Obdachlosigkeit. Die Schuld wird den Migranten zugeschoben: In den letzten fünf Jahren versuchen extrem rechte Gruppen zunehmend, gegen Migrantenunterkünfte zu mobilisieren. Egal ob in der Republik, wo immer wieder Asylheime in Brand gesteckt werden, oder im Norden. Dort marschierten am Ostersonnabend mehrere Anhänger der extrem Rechten gegen Migranten in der Stadt Coleraine. Zu den Organisatoren gehörten auch Mitglieder eines britisch-loyalistischen Schlägerverbands, der Verbindungen zu loyalistischen UDA unterhält und am 24. Mai 2009 den Katholiken Kevin McDauid erschlagen hatte. McDauid hatte sich vor seinem Haus aufgehalten als er angegriffen wurde. Ähnlich verfahren sie gegenüber Migranten.

Diese Migranten sind eine wichtige Stütze für die ultraneoliberale Wirtschaft Irlands. Ohne Rechte, Verträge, Kündigungsschutz und soziale Sicherheiten sind sie jene Schicht, die vom irischen Kapitalismus am stärksten ausgebeutet wird. Eine kürzlich veröffentlichte Studie machte die Ausbeutung migrantischer Arbeiter in Irland deutlich. »Ich habe 70 bis 80 Stunden pro Woche ohne richtige Pausen gearbeitet. Wenn man eine 15minütige Pause machte, gab es Ärger«, wird darin ein Betroffener zitiert. Von »systematischer Ausbeutung« von Migranten sprechen die Studienautoren. Rund 1.000 Inhaber einer Arbeitserlaubnis wurden zwischen Juli 2025 und Februar 2026 befragt. 71 Prozent gaben an, Ausbeutung erlebt zu haben. Die vom Migrant Rights Centre Ireland (MRCI) durchgeführte Umfrage ergab, dass 61 Prozent sogar schwere Ausbeutung erfahren hatten: »Wenn Sie eine allgemeine Arbeitserlaubnis in Irland besitzen, sind Sie mit hoher Wahrscheinlichkeit schon einmal ausgebeutet worden«, sagte MRCI-Direktor Neil Bruton bei der Veröffentlichung des Berichts Ende März.

Zu den häufigsten Verstößen, die in der Umfrage festgestellt wurden, gehören die Diskriminierung gegenüber einheimischen Kollegen, die von 35 Prozent der Beschäftigten angegeben wurde, 27 Prozent mussten übermäßige Arbeitszeiten leisten, ebenso 27 Prozent erhielten keine angemessenen Pausen, und 23 Prozent erlebten Belästigung, verbale oder körperliche Übergriffe am Arbeitsplatz. Die größte Gruppe der Befragten waren Pflegehelfer. Hier ist der Ausbeutungsgrad besonders hoch: 78 Prozent erlebten am Arbeitsplatz das, was in der Studie unter Ausbeutung firmiert. Weibliche Beschäftigte waren häufiger betroffen als männliche: 76 Prozent gegenüber 66 Prozent.

Laut dem irischen Statistikamt waren im April 2024 rund 16 Prozent der Bevölkerung Staatsbürger anderer Länder. Der Großteil stammt aus anderen EU-Staaten oder aus dem Vereinigten Königreich. 37 Prozent kamen aus anderen Ländern. Es ist diese Gruppe, die besonders von krasserer Formen kapitalistischer Ausbeutung betroffen ist. Im Zeitraum von April 2023 bis April 2024 kamen 149.200 Menschen nach Irland. Zieht man die zurückgekehrten irischen Staatsbürger ab, bleiben rund 119.200 Einwanderer übrig. Diese waren den Angaben der Statistiker zufolge zum Teil Staatsbürger anderer EU-Mitgliedsländer (rund 27.000) oder Staatsbürger des Vereinigten Königreichs (5.400). 86.800 offiziell eingewanderte Menschen kamen im genannten Zeitraum aus dem Rest der Welt. Von denjenigen, die angaben, ausgebeutet worden zu sein, hatte die Mehrheit zu große Angst, ihren Arbeitsplatz oder ihre Aufenthaltserlaubnis zu verlieren, und meldete den Vorfall deshalb nicht. Einige Beschäftigte berichteten, dass ihnen direkt mit dem Entzug der Aufenthaltserlaubnis oder der Abschiebung gedroht wurde, falls sie Bedenken äußerten. Von denjenigen, die intern Probleme meldeten, erhielt die überwiegende Mehrheit keine zufriedenstellende Lösung.

Einer von ihnen ist Sam, der im November 2020 aus Uganda nach Irland kam, wie er der *Irish Times* erzählte: »Der Arbeitgeber sagte zu mir: ›Du wirst arbeiten, Früchte pflücken, etwa 40 Stunden pro Woche.‹ Als ich ankam, war es völlig anders. Ich sammelte Kisten, wusch Wäsche, baute Paletten – alles, was er von mir verlangte.« Die Arbeitszeiten seien »extrem hart« gewesen: Mindestens 50 bis 60 Stunden pro Woche musste Sam demnach arbeiten: »Ich fing jeden Tag um sechs Uhr morgens an und kam oft erst um 22 Uhr heim.« Überstunden wurden auch nach Nachfrage nicht bezahlt: »Er wusste, dass ich

bleiben musste, dass ich sonst nirgendwo hin konnte«, sagte Sam. Sein Boss stellte eine Unterkunft zur Verfügung: neun Leute in einem Haus mit drei Schlafzimmern. »Es war furchtbar. Wir mussten 50 Euro pro Woche zahlen. Es lag auf dem Land, wo wir niemanden treffen konnten.« Sam berichtete, dass er zwei Wochen Urlaub in zwei Jahren genommen habe, in denen er dort arbeitete. »Psychisch ging es mir nicht gut. Was mich ein wenig aufmunterte, war, dass meine Frau und mein Sohn in Uganda waren. Ich habe mit ihnen telefoniert, und das hat mich beruhigt«, erzählte er.

Berichte wie jener spiegeln sich auch in der MRCI-Studie wider: Bei denjenigen, die ein Problem angesprochen haben, wurde es nur in neun Prozent der Fälle positiv gelöst, während 61 Prozent von keiner Lösung berichteten und 19 Prozent Vergeltungsmaßnahmen, Drohungen oder eine Entlassung erlebten. Nur wenige wagen jedoch den Weg zu den Gerichten, obwohl diese die Ausbeutung migrantischer Arbeiter anerkennen: Die staatliche Aufsichtsbehörde sprach zuletzt einem ausgebeuteten Arbeiter eine Entschädigung in Höhe von 79.214 Euro zu, wie die *Irish Sun* am 1. April berichtete. Vasantkumar Barots Bruttostundenlohn hatte nach eigenen Angaben 2024 lediglich 1,61 Euro betragen. Das Arbeitsgericht ordnete an, dass der Restaurantbetreiber Madhu Foods Limited in der Stadt Dundalk die Entschädigung aufgrund »mehrerer Verstöße gegen das Arbeitsrecht« zu zahlen habe. In der Urteilsbegründung wurde klargestellt, dass Barot »zweifelsfrei ausgebeutet wurde«.

Der Arbeiter hatte ausgesagt, dass die Restaurantbetreiber ihn getäuscht hätten. Ihm sei versprochen worden, 40 Stunden pro Woche als Jungkoch zu arbeiten und dafür 570 Euro pro Woche zu verdienen. Jedoch sei er angewiesen worden, frühmorgens auf einem dem Restaurant gehörenden Bauernhof zu arbeiten, und anschließend im Restaurant eingesetzt worden. Er gab an, durchschnittlich mehr als 90 Stunden pro Woche gearbeitet und unregelmäßige Zahlungen in bar oder per elektronischer Überweisung in Höhe von 99 Euro bis 1.000 Euro erhalten zu haben. Sein Bruttostundenlohn habe 2023 nur 2,96 Euro und 2024 sogar nur 1,61 Euro betragen: »Damals dachte ich jeden Tag daran, mein Leben zu beenden«, sagte Barot erleichtert nach Prozessende dem *Irish Independent*.

<https://www.jungewelt.de/beilage/art/520813>